

enverband zusammenarbeiten. Vor allem müsse auch die Kontrolle über die Wanderbevölkerung verstärkt werden. (RMRB, 30.3.92)

Experten klagen darüber, daß die lokalen Stellen, die für die Familienplanung verantwortlich sind, personell unterbesetzt und das Personal nur unzureichend ausgebildet ist (XNA, 29.3.92). Vor allem in den unterentwickelten Gebieten wird daher eine strikte Politik der Familienplanung sehr schwer durchzusetzen sein. In Prognosen ist schon davon die Rede, daß 1992 mindestens 24 Millionen Babies geboren werden (SCMP, 3.12.91). -st-

Kultur

* (16)

Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der chinesischen Kultur

Am 29. Februar 1992 wurde in Beijing in der Großen Halle des Volkes die Chinesische Gesellschaft zur Förderung der Nationalkultur (Zhonghua minzu wenhua cujin hui) gegründet. Ihre Ziele bestehen in der Übernahme und Verbreitung der kulturellen Essenz der chinesischen Nationalkultur, der Steigerung des nationalen Geistes, der Anhebung des kulturellen Niveaus des ganzen Volkes und der Zusammenarbeit zwischen Chinesen im In- und Ausland. Es handelt sich um eine nationale Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe macht, Spenden einzuwerben und einen Fonds einzurichten, um Gruppen und Individuen auszuzeichnen, die sich Verdienste um die Entwicklung der chinesischen Kultur erworben haben, um entsprechendes Personal auszubilden und kulturelle Aktivitäten zu unterstützen. An der Gründungsversammlung nahmen über 200 Chinesen aus China, Thailand, Hongkong, Macao und Taiwan teil. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Ye Xuanping, stellvertretender Vorsitzender der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (1985-90 auch Gouverneur von Guangdong), gewählt. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Chongqing. (RMRB, 1.3.92)

Schon daß der Sitz der Gesellschaft nicht in Beijing, sondern im Südwesten liegt und daß der Präsident ein prominenter Politiker aus Guangdong ist, zeigt, daß die Organisation auf den Süden ausgerichtet ist, der traditionellerweise enge Beziehungen zu den Auslandschinesen unterhält. Denn so viel scheint sicher, daß die neugegründete Organisation den Schwerpunkt auf Kontakte zu Hongkong, Macao und Taiwan, insbesondere aber zu den Auslandschinesen in Südostasien legen soll. Von seiten Taiwans war der Volksrepublik immer vorgeworfen worden, sie zerstöre die traditionelle chinesische Kultur. Dieses Image zu widerlegen und China als Hüterin der nationalen Kultur zu empfehlen scheint ein Hauptanliegen der Gesellschaft zu sein. -st-

* (17)

Nationale Wissenschaftskonferenz

Im März 1992 fand in Beijing eine nationale Konferenz über Wissenschaft und Technik statt. Auf ihr wurden Wissenschaft und Technik als erste Produktivkraft bezeichnet und ihnen damit eine bedeutende Rolle für den Modernisierungsprozeß zugewiesen. Dies kommt vor allem in der Ankündigung der Regierung zum Ausdruck, die Ausgaben für die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung in diesem Jahrzehnt zu verdoppeln: von 0,72% des Staatshaushalts im Jahre 1991 auf 1,5% des Staatshaushalts bis zum Jahre 2000 (RMRB, XNA, 11.3.92). Auf der Konferenz wurde beschlossen, die Reform und Öffnung in bezug auf Wissenschaft und Technik zu intensivieren. Der Vizeminister der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, Li Xu'e, nannte zehn Schwerpunkte der Reform, darunter als erstes die Einhaltung der Richtung, daß sich Wissenschaft und Technik an der Wirtschaft zu orientieren hätten und daß die Wirtschaft von Wissenschaft und Technik abhängen; ferner führte er u.a. die Förderung der wissenschaftlichen Bildung auf dem Lande sowie die Förderung von Hoch- und neuen Technologien und von wissenschaftlich-technischem Fortschritt in den Betrieben an (GMRB, 11.3.92).

Auch Li Peng bezeichnete es als Hauptaufgabe der Reform, die wissenschaftliche Forschung mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu verbinden

und die Forschungsergebnisse schnell in die Praxis umzusetzen. Er sprach sich außerdem dafür aus, mehr Nachwuchswissenschaftler auszubilden, insbesondere solche, die sowohl in der Wissenschaft als auch im Management versiert sind. Wie schon auf der NVK-Tagung rief er die im Ausland Studierenden zur Rückkehr in die Heimat auf. Alle seien ungeachtet ihrer politischen Einstellung in der Vergangenheit willkommen. Des weiteren hob er die Bedeutung der High-Tech-Entwicklungszonen hervor; sie seien weiter auszubauen, wobei neue Methoden der Finanzierung anzuwenden seien, etwa durch Unternehmenskapital oder durch Aktiensysteme. (XNA, GMRB, 15.3.92) -st-

* (18)

Tagung der Chinesischen Daoistischen Gesellschaft

Anfang März 1992 fand in Beijing die 5. Vertreterversammlung der Chinesischen Daoistischen Gesellschaft statt. Sie diente vor allem dem Zweck, den Daoisten die staatliche Religionspolitik zu erläutern oder - wie es offiziell heißt - sie "die staatliche Politik der Religions- und Glaubensfreiheit richtig durchführen" zu lassen. Außerdem wurden die Daoisten aufgefordert, "die gute Tradition des Daoismus zu entfalten", das Vaterland zu lieben, eines Sinnes zu sein und ihren Beitrag für den sozialistischen Aufbau des Vaterlandes zu leisten. (RMRB, 7.3.92)

Seit der 4. Versammlung im Jahre 1986, so heißt es, habe die Arbeit der Daoistischen Gesellschaft in bezug auf die Öffnung von Tempeln und die Gründung lokaler Gesellschaften deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Nach unvollständigen Statistiken soll es gegenwärtig in ganz China über 400 geöffnete Tempel geben. Ferner wird eine Zahl von mehr als 5.000 daoistischen Mönchen genannt, die in daoistischen Klöstern leben. Zudem soll es gut 80 lokale daoistische Gesellschaften geben. Erfolge werden auch hinsichtlich der Erforschung der daoistischen Kultur angeführt. So sollen in den letzten Jahren 32 Werke herausgegeben oder nachgedruckt worden sein. Auch der Austausch mit dem Ausland habe stark zugenommen. In den letzten fünf Jahren habe man über 140 Gruppen aus gut 30 Ländern und Regionen empfangen.

Die Selbstversorgung der daoistischen Mönche, zu der sich alle Mönche seit 1949 gezwungen sahen, scheint Fortschritte zu machen. So wird berichtet, daß einige Tempel oder Klöster Betriebe gegründet hätten, z.B. Hotels und andere Dienstleistungsbetriebe. Zahlreiche Klöster würden sich selbst unterhalten, heißt es. Viele Mönche würden sich in Projekten wie Aufforstung, Reparatur von Brücken und Straßen, im örtlichen Schulwesen oder in der Behindertenarbeit betätigen.

Auf der Versammlung wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Neuer Präsident der Chinesischen Daoistischen Gesellschaft wurde Fu Yuantian (ebd.). Er hatte bisher die Funktion eines Vizepräsidenten inne.

Wie alle Religionsgemeinschaften können sich auch die Daoisten nur unter staatlicher Kontrolle entfalten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Kommunistische Partei die Daoisten mit besonderer Skepsis betrachtet. Dies liegt zum einen an der häufig unklaren Abgrenzung des Daoismus zu volksreligiösen Praktiken, die die Partei durchweg als Aberglauben verurteilt, zum anderen an dem Widerstandspotential gegen die offizielle Ideologie, das sich in der Tradition immer aus dem Daoismus speiste. -st-

*(19)

Offizieller Bericht über Durchführung des Schulpflichtgesetzes

Am 14. März 1992 erschien in der *Volkszeitung* ein Auszug aus einem Bericht der Kommission für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit des Nationalen Volkskongresses über die Lage im Hinblick auf die Durchführung des Schulpflichtgesetzes. Der Bericht war 1991 aus Anlaß des fünfjährigen Erlasses des Gesetzes über die allgemeine neunjährige Schulpflicht in Auftrag gegeben worden und von der Kommission rechtzeitig vor der 5. Sitzung des VII. NVK fertiggestellt worden. Er gliedert sich in zwei Teile; im ersten wird das bisher Erreichte dargestellt, im zweiten werden die künftigen Aufgaben aufgezeigt. Im folgenden seien die wichtigsten Aussagen des Berichts wiedergegeben.

Zum bisher Erreichten wird betont, daß durch den Erlass des Schulpflichtgesetzes bei der Masse der Kader, vor

allem bei der Führung der verschiedenen Verwaltungsebenen, das Bewußtsein für die Elementarbildung gestärkt worden sei. Ein großer Teil der Provinzeinheiten habe örtliche Verordnungen für die Einführung der Schulpflicht erlassen, und alle hätten die Verbreitung der allgemeinen Schulpflicht in den Gesamtplan für die gesellschaftliche Entwicklung aufgenommen. In einer Reihe von Provinzen könne als Erfolg verbucht werden, daß 1. die Kader sich intensiver mit der Bildungsgesetzgebung befassen, 2. die Regierungen und zuständigen Behörden aller Ebenen die gesetzlichen Pflichten festgelegt und 3. eine Reihe von Zusatzbestimmungen zum Schulpflichtgesetz erlassen haben, 4. jede Nichteinhaltung des Gesetzes ahnden, 5. ein Kontrollsystem errichtet haben und 6. die Volkskongresse aller Ebenen entsprechend den Gesetzen die Aufsicht führen.

Damit scheinen die Rahmenbedingungen für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht gegeben zu sein. Wie sieht es nun aber in der Praxis aus? Hierzu heißt es, daß die neunjährige Schulpflicht etappenweise verwirklicht werde und daß man sich insbesondere auf dem Lande um sie bemühe. Hier sollen derzeit 1.459 Kreise (= 76% aller Landkreise) die Grundschule eingeführt haben. Das bedeutet, daß hier erst der sechsjährige Schulbesuch die Regel ist und für ein Viertel aller Landkreise noch nicht einmal diese gilt. Weiter wird gesagt, daß derzeit 97,8% aller Kinder im Einschulungsalter eingeschult würden. Auch die Komplettierung der neunjährigen Schulpflicht durch den Besuch der dreijährigen Mittelschulunterstufe mache weiter Fortschritte. Zum Problem des Schulabbruchs auf der Grund- und Mittelschule wird vermerkt, daß diese Erscheinung in den meisten Gebieten im wesentlichen unter Kontrolle sei. 1990 soll die Abbrecherquote auf den Grundschulen auf 2,36% zurückgegangen sein; das sei die niedrigste Quote seit 1949. Bei dieser Zahl scheint jedoch Skepsis angebracht. Weiter wird von einer Ausweitung der Sonderschul- und Behindertenerziehung berichtet.

In bezug auf die Verwaltung und Finanzierung des Bildungswesens wird festgestellt, daß sich das Prinzip "Die Verantwortung liegt bei den örtlichen Stellen, die Verwaltung bei den ver-

schiedenen Verwaltungsebenen" (*difang fuze, fenji guanli*) durchgesetzt habe. Dies bedeutet, daß die lokale Ebene für die Schaffung von Bildungseinrichtungen und die Durchführung der Schulpflicht verantwortlich ist, während die Verwaltung des Schulwesens, Schulaufsicht und Kontrolle bei den Volksregierungen der verschiedenen Verwaltungsebenen liegen. Was die Finanzierung angeht, so heißt es, daß mit Einführung der allgemeinen Schulpflicht erstmalig auch die Finanzierung des Bildungswesens gesetzlich geregelt sei, und zwar nach dem Grundsatz der "zwei Steigerungen". Gemeint ist, daß beide Finanzierungsquellen jährlich Zuwächse verzeichnen müssen. Die beiden Quellen sind zum einen staatliche Mittel, die in dem Bericht als Hauptquelle bezeichnet werden, zum anderen Spendenmittel von kollektiver oder privater Seite.

Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht habe auch die Bildungsreform vorangetrieben. So werde beispielsweise die Unterweisung in Arbeitstechniken verbessert und das Problem gelöst, bei der Schulbildung nur einseitig weiterführende Schulen anzustreben; vor allem bemühe man sich um eine Stärkung schwacher Schulen und um eine flächendeckende Anhebung der Bildungsqualität, um den Unterschied zwischen Schwerpunktschulen und normalen Schulen zu verringern. In jüngster Zeit sind Bestrebungen im Gange, die Schwerpunktschulen (Eliteschulen), die in nachmaoistischer Zeit wieder eingeführt worden waren, abzuschaffen. Dazu ist zu sagen, daß Schwerpunktschulen im Grunde nur so lange nötig sind, wie das Schulwesen insgesamt recht unterentwickelt ist und zwischen den Schulen sehr große Niveauunterschiede bestehen. Sobald ein allgemeines Niveau erreicht ist - und das ist eines der Ziele der Bildungsreform -, erübrigen sich die Schwerpunktschulen. Insofern dürften die Schwerpunktschulen am ehesten in den entwickelten Gebieten aufgelöst werden. Damit hängt eine weitere Reform zusammen, nämlich die Einführung des Grundsatzes, daß jeder eine Schule in Wohnnähe besuchen muß, daß man sich die Schule also nicht mehr aussuchen kann. Darüber hinaus wird in dem Bericht die Abschaffung der Aufnahmeprüfung für die Mittelschule als eine wichtige Reformmaßnahme angeführt, die eine Folge der neunjährigen Schulpflicht ist,

denn diese macht den Besuch der Mittelschulunterstufe zur Pflicht und kann daher nicht von einer Prüfung abhängig sein. Schließlich werden noch die Reform der Lehrpläne, Lehrmaterialien und der Didaktik erwähnt.

Als Erfolg der Einführung des Schulpflichtgesetzes wird besonders verbucht, daß sich dieses positiv auf die Lehrerbildung ausgewirkt habe. Bekanntlich leidet das chinesische Bildungssystem unter chronischem Lehrermangel. So seien insbesondere die Lehrerbildung und -fortbildung intensiviert und die Anforderungen an die Grund- und Mittelschullehrer entsprechend den Bestimmungen des Schulpflichtgesetzes angehoben worden. Parallel dazu seien die Lehrergehälter erhöht und die Behandlung der Lehrer verbessert worden.

Trotz dieser Erfolge gibt es jedoch auch Negatives zu berichten: Bei der Überprüfung, so heißt es, habe sich herausgestellt, daß einige Orte oder Einheiten sich nicht an das Gesetz halten, es nicht streng einhalten oder sogar gegen das Gesetz verstoßen. Solche Erscheinungen beeinträchtigen die Autorität des Schulpflichtgesetzes und müßten daher dringend behoben werden. Zu diesem Zweck werden in dem Bericht fünf Aufgaben für die zukünftige Arbeit empfohlen:

1. In der gesamten Gesellschaft, besonders aber unter den Kadern muß das Bewußtsein für die Elementarbildung und die Wichtigkeit der Einführung der neunjährigen Schulpflicht weiterhin geschärft werden. Die Führungen aller Ebenen müssen erkennen, daß der wirtschaftliche Aufbau von den Fortschritten in Wissenschaft und Technik und der Qualität der Arbeitenden abhängt und daß deshalb der Elementarbildung strategische Bedeutung zukommt. Landesweit gesehen, ist das Schulpflichtgesetz immer noch nicht genügend propagiert und verbreitet worden; deshalb muß es weiter propagiert und studiert werden.

2. Bei den Regierungen aller Ebenen muß das Bewußtsein für die Einhaltung des Gesetzes gestärkt werden. Manche örtlichen Regierungen betrachten die Einführung der allgemeinen Schulpflicht lediglich als eine Angelegenheit der Erziehungsbehörden und erfüllen nicht ihre Pflicht. Z.B. halten sich manche Orte nicht an die

Bestimmung der "zwei Zuwächse" (also die gesetzlich vorgeschriebene Steigerung der Finanzmittel), erheben die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen nicht gewissenhaft oder verwenden die Mittel für das Bildungswesen illegalerweise für andere Zwecke. Vielerorts ist auch Kinderarbeit verbreitet, die dazu führt, daß Schulkinder die Schule vorzeitig abbrechen. An manchen Orten kommt es zu Überfällen auf Schulen und Übergriffe gegen Lehrer und Schulleiter, was eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Einführung der allgemeinen Schulpflicht bedeutet. Hinzu kommt, daß Schulgebäude häufig anderweitig genutzt werden, körperliche Züchtigung von Schülern nicht verboten wird u.ä. Deshalb muß in der ganzen Gesellschaft das Bewußtsein für die Einhaltung des Gesetzes gestärkt werden.

3. Bei der Verwirklichung des Schulpflichtgesetzes sind die Ausschaltung jeder Art von Störung und die vollständige Durchführung der staatlichen Erziehungsrichtung das Kernproblem. In einigen Orten z.B. wird die Schulpflicht dadurch vernachlässigt, daß man die Elementarbildung einseitig zu einer Bildung für weiterführende Schulen macht. Dort wird die Schul- und Bildungsarbeit dann ausschließlich nach der Übergangsrate und dem Zensurenschnitt bewertet. Vielfach werden Wiederholungskurse und im Übermaß gedrucktes Wiederholungsmaterial (beides zum Zwecke des Übergangs auf eine weiterführende Schule) nicht verboten, so daß die Belastung der Schüler steigt anstatt abzunehmen. Darüber hinaus wird die Bildungsarbeit durch traditionelles und dekadentes Gedankengut gestört, so daß noch eine Menge Arbeit zu leisten ist, um eine gute Umgebung für das Bildungswesen zu schaffen. Hier kommt es vor allem auf die moralische Bildung an, und zwar auf deren Inhalt, Methode und Anpassung an die gegenwärtigen Bedingungen und Besonderheiten der heutigen Jugend.

4. Von größter Wichtigkeit bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht ist die Schaffung eines stabilen Lehrerkontingents. Hier besteht gegenwärtig noch ein Engpaß, weil derzeit zwei Schübe zu verkraften sind, nämlich die vermehrte Schülerzahl und der Schub von Lehrern, der jetzt in Pension geht. Weder quantitativ noch qualitativ kann das Lehrerkontingent

den Anforderungen der allgemeinen Schulpflicht entsprechen. Man muß sowohl die fachliche als auch die politisch-ideologische Qualität der Lehrer in großem Maße anheben und insbesondere ihre Behandlung sowie ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern.

5. Ein ernstes Problem, das die Entfaltung der Elementarbildung noch stark beeinträchtigt, sind die knappen Finanzmittel. Hier muß durch Investitionen im Bildungswesen dessen strategische Position zum Ausdruck kommen, und man muß bereit sein, mehr Geld in die Elementarbildung zu stecken. In einigen Orten sind im Haushalt nicht genügend Mittel für das Bildungswesen ausgewiesen, und der Anteil der Bildungsausgaben hat die Tendenz zu sinken. Auf diese Weise wird die Rolle der Haushaltsmittel als Hauptfinanzquelle untergraben. Landesweit gesehen, sinkt der Anteil der Bildungsausgaben, die durchschnittlich pro Schüler aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden, mit Ausnahme der Provinz Fujian und einiger anderer Provinzen. Hinzu kommt, daß in einigen Orten die Finanzierung aus anderen Quellen nicht genügend betrieben wird und vor allem auf dem Lande die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen nicht erhoben und richtig verwendet wird.

Es ist bemerkenswert, mit welcher Offenheit die Mißstände im Bildungswesen in diesem offiziellen Bericht als Erläuterung zu den fünf Empfehlungen aufgezeigt werden. Selten ist man in einem solchen Dokument so konkret gewesen. Dies zeigt nur die Dringlichkeit des Bildungsproblems, das weite Kreise der Bevölkerung, vor allem der Führungskader, noch nicht erkannt zu haben scheinen. Dennoch ist der Schlußbemerkung in diesem Bericht zuzustimmen, daß nämlich die Situation in bezug auf die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ungleich besser ist als vor Erlass des Schulpflichtgesetzes im Jahre 1986. -st-

*(20)

Nationale Konferenz über Bildungswesen der nationalen Minderheiten

Am 15. März 1992 wurde in Beijing eine mehrtägige Arbeitskonferenz über das Bildungswesen der nationalen Minderheiten eröffnet. Sie wurde ge-

meinsam von den beiden Staatlichen Kommissionen für das Erziehungswesen und für die Nationalitäten veranstaltet. Zu den Teilnehmern zählten Führungskader der Zentrale sowie aus allen dreißig Provinzeinheiten. Zweck der Konferenz war es, Maßnahmen zur Reform und Förderung des Bildungswesens der Nationalitäten zu diskutieren und festzulegen (RMRB, 16.3.92). Als Hauptredner trat der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission, Li Tieying, auf. In seiner Rede betonte er, daß die Reformierung und Entwicklung des Bildungswesens der Nationalitäten eine wichtige Aufgabe der Nationalitätenarbeit sei, denn in vielen Minderheitengebieten genüge das Bildungswesen nicht den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Für die Entwicklung der Nationalitätenerziehung nannte er folgende Grundsätze, die unbedingt einzuhalten seien:

- Integration der Bildungs- und Nationalitätenpolitik von Partei und Staat;
- Festhalten am Sozialismus im Schulwesen;
- Unterordnung des Bildungswesens unter die Notwendigkeiten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Gebietes;
- Ausgehen von den realen Bedingungen;
- Festhalten an der Öffnung nach außen und der Ausweitung des Austauschs;
- Trennung von Erziehung und Religion;
- Verbindung von staatlicher Hilfe und Entwicklung aus eigener Kraft.

Hinsichtlich der Bildungsarbeit der Nationalitäten führte Li Tieying folgende Aufgaben für die neunziger Jahre auf:

- Es muß eine gute Grundlage in der Bildungsarbeit der Nationalitäten gelegt werden, und zwar durch erneute Entwicklung und Anhebung der Quantität bzw. Qualität.
- Es soll am Reform- und Öffnungskurs festgehalten und deutlich gemacht werden, daß das Schulwesen der lokalen Wirtschaftsentwicklung und dem Wohlergehen des Volkes zu dienen habe.
- Es müssen Anstrengungen unternommen werden, den Unterschied zwischen den Nationalitätengebieten

mit relativ großen Schwierigkeiten und dem Rest des Landes mit durchschnittlichem Bildungsniveau zu verringern.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben forderte Li Tieying die folgenden politischen Maßnahmen:

- Betonung der strategischen Bedeutung der Elementarbildung;
- Aufbau eines vielschichtigen und vielförmigen Systems der beruflichen und technischen Bildung sowie der Erwachsenenbildung;
- Betonung der wichtigen Rolle der Hochschulen für die lokale wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung;
- Einführung eines Hilfsprogramms, unter dem Kreise und Städte in wirtschaftlich entwickelten Gebieten die 143 vom Staat bestimmten armen Nationalitätengebiete auf verschiedene Weise unterstützen;
- Unterstützung der 100 pädagogischen Sekundarschulen und pädagogischen Fachhochschulen in den Nationalitätengebieten durch Lehrerbildungs-Institutionen der wirtschaftlich entwickelten Gebiete;
- Entsprechende Unterstützung durch andere Hochschulen, Fachmittelschulen und Berufsmittelschulen;
- Beauftragung von Schwerpunkt-hochschulen des ganzen Landes, für einen Teil der Hochschulen in Nationalitätengebieten Fachlehrer auszubilden;
- Fortsetzung der staatlichen Unterstützung für das Bildungswesen der Nationalitäten;
- Einrichtung eines Spezialfonds durch den Staat für die Subventionierung des Bildungswesens der Nationalitäten und für Belohnungen, vor allem in den armen Gebieten;
- Veröffentlichung von Lehrmaterial in den Sprachen der Nationalitäten.

Generell betonte Li Tieying, daß die Führungsrolle der Partei und Regierung in bezug auf die Nationalitätenarbeit zu stärken sei. Außerdem erhob er die Forderung an die politische Führung der Nationalitätengebiete, das Bildungswesen in die Pläne für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu integrieren und ihm uneingeschränkte Priorität einzuräumen.

Die Zentrale in Beijing hat offenbar erkannt, daß es in den nächsten Jahren entscheidend darauf ankommt, die Le-

bensverhältnisse in den Minderheiten-gebieten zu verbessern und daß dabei der Entwicklung des Bildungswesens besondere Bedeutung zukommt. Das teilweise sehr rückständige Erziehungswesen ist Ausdruck und vielfach auch Ursache für die Unterentwicklung dieser Gebiete. Somit könnte es Zündstoff für soziale Unruhen liefern, die die Zentrale so sehr fürchtet. Deshalb wendet sich Beijing in jüngster Zeit verstärkt diesem Problem zu. -st-

*(21)

Zahlen zum Erziehungswesen der Nationalitäten

Vor Beginn der nationalen Konferenz über das Bildungswesen der Nationalitäten Mitte März 1992 veröffentlichten die Staatliche Erziehungskommission und die Staatliche Nationalitätenkommission neue Zahlen zum Stand des Erziehungswesens in den Gebieten der Nationalitäten (vgl. RMRB, 14.3.92). Zur allgemeinen Situation wird festgestellt, daß sich die Zahl der Schüler und Studenten unter den Minderheiten stark erhöht habe, und zwar liege sie heute 13,15mal höher als zu Beginn der Volksrepublik. Im einzelnen werden folgende Zahlen genannt:

- Lehrerschaft: Von den gut 9 Millionen Grund-, Mittel- und Hochschul-lehrern ganz Chinas sind 726.500 Lehrer nationaler Minderheiten. Gegenüber der Zeit zu Beginn der Volksrepublik liegt diese Zahl 10,21mal höher; demgegenüber hat sich die Zahl der Lehrer Gesamt-chinas 4,3mal erhöht.
- Lehrmaterial in Minderheitensprachen: Gegenwärtig gibt es 10 Provinzen und autonome Gebiete, die Lehrmaterial in Minderheitensprachen herausgeben. Pro Jahr werden fast 1800 verschiedene Lehrbücher für Grund- und Mittelschulen mit einer Gesamtauflage von gut 50 Millionen veröffentlicht. Derzeit gibt es bereits über 6 Millionen Schüler von 23 verschiedenen Nationalitäten, darunter Mongolen, Tibeter, Koreaner, Uiguren, Kasachen und Zhuang, die im Unterricht Minderheitensprachen verwenden.
- Reform der Nationalitätenerziehung: Die Unterstützung der Bildungsarbeit in den Minderheitengebieten aus anderen Gebieten des Landes macht Fortschritte. Seit 1982 haben gut 70 Hochschulen mit Xin-

jiang, der Inneren Mongolei, Ningxia, Tibet, Yunnan, Guangxi und Qinghai Kooperationsbeziehungen aufgenommen. In den letzten Jahren wurde die Ausbildung von Fachpersonal der Minderheitsgebiete im übrigen China gefördert durch Aufnahme von Minderheitenstudenten und von Lehrern zur Weiterbildung, durch Entsendung von Lehrern in die Minderheitsgebiete, durch Unterstützung mit Lehrmitteln und Erfahrungsaustausch über Unterricht und Erziehungsverwaltung.

- Hilfe für Tibet: In den letzten vierzig Jahren hat der Staat in das tibetische Bildungswesen über 1 Mrd. Yuan investiert, davon 1987 allein 60 Mio. Yuan. Gegenwärtig sind rund 9.000 tibetische Mittelschüler und Fachmittelschüler auf 26 Provinzen und Städte verteilt, wo sie an 67 Schulen lernen. Nach unvollständigen Statistiken sind überdies aus ganz China seit den fünfziger Jahren gut 6.640 Lehrer nach Tibet entsandt worden.

Zur Lehrerschaft ist zu bemerken, daß der Anteil der Lehrer nationaler Minderheiten am Lehrerkontingent ganz Chinas ziemlich genau dem Anteil der Minderheitenbevölkerung an der Gesamtbevölkerung entspricht. Demnach wäre das Lehrerangebot in den Minderheitsgebieten nicht schlechter als im übrigen China. Ob dem tatsächlich so ist, muß dahingestellt bleiben. Zweifel sind jedoch angebracht, sonst gäbe es kaum Anlaß, die Lehrerbildung in diesen Gebieten verstärkt zu fördern. Zumindest muß mit einer geringen fachlichen Kompetenz der Minderheitenlehrer gerechnet werden. Im übrigen ist nicht ganz klar, ob es sich bei dem Begriff "Minderheitenlehrer" oder "Nationalitätenlehrer" (*shaoshuminzu jiaoshi* bzw. *minzu jiaoshi* um Angehörige nationaler Minderheiten oder um hanchinesische Lehrer handelt, die in Minderheitsgebieten unterrichten. Bekanntlich verfolgt der Staat die Politik, Lehrer aus China in Minderheitsgebiete zu entsenden; tatsächlich dürften vor allem auf Sekundar- und Hochschulebene relativ viele Lehrer Hanchinesen sein.

Was den Unterricht in Minderheitensprachen betrifft, so soll dieser zwar vermehrt eingeführt werden, scheint sich aber noch längst nicht überall eingebürgert zu haben. Geht man von einer Schüler- und Studentenzahl bei den Minderheiten von 14 Mio. aus

(diese Zahl wurde in GMRB, 18.1.92 genannt, vgl. C.a., 1992/1, Ü 8) und akzeptiert man die genannte Zahl von 6 Mio. Minderheitenschülern und -studenten, denen der Unterricht in Minderheitensprachen erteilt wird, so muß man feststellen, daß weit mehr als die Hälfte aller Schüler und Studenten Chinesisch als Unterrichtssprache haben. Dies betrifft in erster Linie die Hochschulstudenten und einen Großteil der Sekundarschüler, offensichtlich aber auch Grundschüler (in diesem Falle wohl hauptsächlich solche kleinerer Minderheiten).

In bezug auf die Unterstützung des Bildungswesens der Nationalitäten muß man sehen, daß die Ausbildungshilfe, die von staatlicher Seite beispielsweise mit chinesischen Lehrern geleistet wird - sei es durch Entsenden chinesischer Lehrer zu den Nationalitäten, sei es durch Aufnahme von Schülern und Studenten anderer Nationalität in chinesische Schulen und Universitäten - dazu beiträgt, die betreffenden Schüler und Studenten ihrer eigenen Kultur zu entfremden. Deshalb dürfte diese Hilfe nicht immer und überall als segensreich empfunden werden. -st-

*(22)

Auslandsstudenten: "Das Vaterland ruft"

Am 19. März 1992 erschien in der *Volkszeitung* ein Kommentar unter dem Titel "Das Vaterland ruft". Gerichtet war dieser Appell an die im Ausland studierenden Chinesen. Sie werden aufgefordert, alle nach China zurückzukehren. Es wird versichert, daß alle zurückkehren können, ungeachtet ihrer politischen Haltung in der Vergangenheit. Ferner heißt es, daß alle nach ihrer Rückkehr geeignete Positionen erhielten und daß sich diese Politik nicht ändern werde.

Einen Tag später wiederholte Ministerpräsident Li Peng in seinem Bericht über die Arbeit der Regierung vor dem Nationalen Volkskongreß die Aufforderung. Wörtlich sagte er: "Die chinesischen Studenten und Wissenschaftler, die im Ausland studieren, sind ein wertvoller Posten für das Land. Wir hoffen aufrichtig, daß sie nach China zurückkehren, ganz gleich, wie ihre politische Haltung in der Vergangenheit war, um an der sozialisti-

schen Modernisierung teilzunehmen und dem Vaterland zu dienen." (XNA, 21.3.92)

Der neuerliche Aufruf der Regierung steht offensichtlich in Zusammenhang mit der Wiederbelebung der Reform- und Öffnungspolitik seit Jahresbeginn. Akademische Fachkräfte, zumal im Ausland ausgebildete, werden dringend gebraucht, nicht zuletzt auch deshalb, weil in jüngster Zeit ein Mangel an Hochschulabsolventen herrscht. Es ist allerdings zu bezweifeln, daß der jüngste Appell zur Rückkehr bei den Auslandsstudenten auf fruchtbaren Boden fällt. Die Mehrzahl von ihnen glaubt nicht an eine stetige Politik in China und wird deshalb versuchen, im Ausland zu bleiben.

Die in diesem Zusammenhang genannten Zahlen über die Auslandsstudenten vermitteln nach wie vor kein klares Bild, da sie sehr stark voneinander abweichen. In der angeführten *Xinhua*-Quelle vom 21.3., ebenso in einer *Xinhua*-Meldung vom 17.3.92, ist von 87.000 Studenten die Rede, die seit Ende der siebziger Jahre zum Studium ins Ausland geschickt worden seien, und zwar in insgesamt 76 Länder und Regionen. Darunter sollen sich 20.000 Selbstzahler befinden. 40.000 dieser Auslandsstudenten, so heißt es dort weiter, seien nach China zurückgekehrt. In dem Kommentar in der *Volkszeitung* vom 19.3.92 wird eine Zahl von gut 100.000 Studierenden genannt, die seit "über zehn Jahren" zum Studium ins Ausland geschickt worden seien; von diesen seien gut 50.000 zurückgekehrt. Eine andere Meldung spricht sogar von 150.000 Auslandsstudenten, die seit 1978 in Europa, Nordamerika, Australien und Japan studiert hätten, und berichtet, daß von diesen rund ein Drittel heimgekehrt sei (XNA, 14.3.92).

Die starken Differenzen in bezug auf die Zahl der im Ausland Studierenden erklären sich zum einen daraus, daß in China bei diesen meist nicht zwischen Studenten und jungen Wissenschaftlern unterschieden wird. Möglicherweise sind in den höheren Zahlen mehr Postgraduierte und Wissenschaftler enthalten. Zum anderen differieren die Zahlen, weil der Staat offenbar keinen genauen Überblick über die Zahl der Selbstzahler hat. Diese müssen sich zwar auch offiziell um ein Auslandsstudium bewerben, aber

wahrscheinlich gibt es für viele auch andere Möglichkeiten, einen Studienplatz im Ausland zu erlangen. Gerade von den Selbstzahlern aber dürften die meisten im Ausland bleiben. Deshalb schwanken auch die Angaben über die Zahl der Rückkehrer, nämlich zwischen der Hälfte und einem Drittel. -st-

*(23)

Bessere Behandlung für zurückkehrende Auslandsstudenten

Bekanntlich kehrt ein großer Teil der im Ausland studierenden Chinesen nicht nach China zurück. Die Gründe dafür sind vor allem politischer Natur, was aber offiziell nicht zugegeben wird, obwohl sich die Regierung dessen bewußt ist, denn nicht umsonst begann sie unmittelbar nach dem 4. Juni 1989, intensiv um die Auslandsstudenten zu werben. Kürzlich verlautete von seiten des Personalministeriums jedoch, der Hauptgrund, weshalb "einige" Studenten im Ausland blieben, sei die Schwierigkeit, in China eine passende Stellung zu finden (XNA, 14.3.92). Deshalb will man jetzt weitere Stellenvermittlungszentren für Rückkehrer einrichten, und zwar in den beiden Wirtschaftssonderzonen Shenzhen und Zhuhai, in Shanghai und in der Küstenprovinz Fujian. Anfang 1990 existierten bereits in fünf Großstädten derartige Zentren. Wichtigste Aufgabe dieser Zentren ist es, den zurückgekehrten Studenten ihrer Qualifikation entsprechende Stellen zu vermitteln. Ausdrücklich wird gesagt, daß es den Studenten erlaubt werde, in vom Ausland finanzierten Joint Ventures, in geöffneten Küstenstädten, in chinesischen Institutionen im Ausland, in internationalen Organisationen und in Privatbetrieben in Hong Kong zu arbeiten. Zur Vorzugsbehandlung der Auslandsstudenten gehört auch, daß ihnen größere Wohnungen angeboten werden, daß sie mehr Chancen erhalten, höhere Titel zu erlangen, und daß sie ihre Familienangehörigen in die großen Städte nachkommen lassen können. Ferner sollen sie die Möglichkeit erhalten, nach Auslaufen ihrer zwei- bis dreijährigen Verträge mit dem jeweiligen Zentrum in dem betr. Ort zu bleiben und den Job zu wechseln. (Ebd.)

Außerdem wurde bekannt, daß bis zum Jahresende eine nationale Gesellschaft für zurückgekehrte Auslands-

studenten gegründet werden soll. Bisher sollen schon einige lokale Gesellschaften dieser Art bestehen; sie sollen sich für die Wahrnehmung der Interessen der Rückkehrer als nützlich erwiesen haben. (Ebd.) -st-

Außenwirtschaft

*(24)

Merkmale von Auslandsinvestitionen 1991

Nach Angaben des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland wiesen die Auslandsinvestitionen 1991 folgende Charakteristiken auf:

- Starker Anstieg der Anzahl neu bewilligter Projekte mit ausländischem Kapital. Insgesamt wurden 12.280 Projekte zugelassen; dies ist ein Anstieg um 69% gegenüber dem Vorjahr.
- Die Gesamtsumme des vertraglich festgelegten Auslandskapitals betrug rund 11 Mrd. US\$, mehr als 54% gegenüber dem Vorjahr.
- Der Exportwert der Unternehmen mit Auslandskapital stieg auf 12,1 Mrd. US\$, ein Zuwachs um 54% gegenüber dem Vorjahr.
- Die Zunahme der [Equity] Joint Venture-Unternehmen hinsichtlich Anzahl und Auslandskapital war am größten. So wurden 1991 insgesamt 7.859 [Equity] Joint Ventures bzw. 92% mehr als im Vorjahr mit einem Auslandskapital in Höhe von 5,6 Mrd. US\$ gegründet [bewilligt]. Die Anzahl der kooperativen Gemeinschaftsunternehmen [Vertrags-Joint Ventures] erhöhte sich um 1.731 bzw. um 31% gegenüber dem Vorjahr und das Auslandskapital betrug 1,87 Mrd. US\$. Noch höher lag dagegen die Zahl der ausschließlich mit ausländischem Kapital gegründeten Unternehmen, die 2.696 betrug und sich damit um 45% gegenüber der Vergleichsperiode erhöhte; das Auslandskapital hierfür belief sich auf 3,1 Mrd. US\$.

- Die Investitionsstruktur weist den Schwerpunkt des Auslandskapitals mit über 90% in produktiven Projekten und lediglich unter 10% in nicht-produktiven Projekten auf.

Ende letzten Jahres soll die akkumulierte Zahl der [bewilligten] Projekte mit Auslandskapital nach unterschiedlichen Quellen auf insgesamt 41.800 (SWB, 8.4.92) gestiegen sein bzw. auf 41.274 Unternehmen mit einem vertraglich festgelegten Auslandskapital in Höhe von 47,9 Mrd. Yuan, von dem rund 20 Mrd. Yuan bereits realisiert wurden. (XNA, 10.3.92)

Zu den wichtigsten Investoren zählt Hongkong und Macao mit rund 60%, die USA mit 9% und inzwischen Taiwan mit 8% (4,3 Mrd. US\$), das Japan (7%) vom Platz des drittgrößten Investors verdrängt hat. (Zhongguo Tongxun She, 27.3.92; in SWB, 8.4.92)

Um das Investitionsklima weiter zu verbessern und bürokratische Hemmnisse abzubauen, werden auch die Rechte zur Registrierung und Verwaltung der Unternehmen mit ausländischem Kapital dezentralisiert. Die staatliche Industrie- und Handelsverwaltung in Beijing vergab entsprechende Entscheidungsrechte an Abteilungen in 73 Provinzen und Städten. Um den Erfolg dieser Maßnahme zu garantieren, soll am Ende des Jahres eine landesweite Untersuchung über die Registrierung und Verwaltung der Unternehmen mit Auslandskapital durchgeführt werden. (XNA, 5.3.92) -schü-

*(25)

Zulassung neuer Auslandsbanken?

Einem Bericht der SCMP vom 13.3.92 zufolge soll die chinesische Zentralbank bereits in den nächsten Monaten die Zustimmung zur Eröffnung ausländischer Bankfilialen in Guangzhou (Provinz Guangdong) geben. Derzeit soll die Zentralbank mit der Ausarbeitung eines Bankengesetzes beschäftigt sein, das dann auch die Ansiedlung von Auslandsbanken in anderen wichtigen Handelszentren ermöglichen könnte.

Bisher ist die Gründung von Auslandsbanken auf sechs Banklizenzen in Shanghai beschränkt. Die dort vertretenen Filialen ausländischer Kreditinstitute sind in ihren Geschäftsaktivitäten jedoch beschränkt auf die Handels-